

# BLIKKWINKEL

Der gesundheitspolitische Check-Up des IKK e.V.

22. März 2021  
1/2021



## Editorial

Von Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.  
und Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,  
in der Krise beweist sich der Charakter, waren die Worte von Altkanzler Helmut Schmidt. Das trifft auch auf das deutsche Gesundheitssystem zu. Gerade das selbstverwaltete und dadurch gut austarierte System der GKV hat maßgeblich dazu beigetragen, dass zeitnah und zielgerichtet auf die Corona-Krise reagiert werden konnte. Schnelle Reaktionsfähigkeit und pragmatische Lösungen bei kurzfristigen Handlungsbedarfen waren wichtige Faktoren in der Krisensituation. Dennoch ist und bleibt Covid-19 ein Stresstest, auch für die GKV. Im Eiltempo wurden und werden Verordnungen und Gesetze geschrieben. Möglichkeiten zur Diskussion oder Reflexion bestehen fast keine. Krisenzeiten sind Zeiten der Exekutive. Die Einbringung von eigenen Vorschlägen scheint den Entscheidungsprozess zu stören. Obwohl es gerade die Beitragsgelder der Versicherten und Arbeitgeber sind, mit denen Rettungsschirme, Corona-Tests, Hygienepauschalen etc. zunächst bezahlt werden, bleiben die Befürchtungen der Kassen offenbar ungehört. Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Den Krankenkassen droht spätestens ab 2022 eine finanzielle Schieflage.

Neben der Rolle als Finanzierer werden die Kassen von der Politik auch immer stärker zur Umsetzung von Maßnahmen herangezogen. Das gilt z.B. für die Zuteilung von FFP2-Masken. Nun sollen die Kassen auch eine zentrale Aufgabe beim Impfmanagement übernehmen. Die dafür vermeintlich nützlichen Versichertendaten der Kassen wurden allerdings zu Abrechnungszwecken und nicht für das Versorgungsmanagement angelegt und sind aufgrund der bestehenden Datenströme nicht tagesaktuell. Fehler sind vorprogrammiert und können nicht nur zu

Irritation und Ärger wie im Falle eines fehlenden Masken-Vouchers, sondern zur Gefahr für Leib und Leben führen. Hier rächt sich, dass den Kassen bislang ein aktives Versorgungsmanagement auf Basis der Daten ihrer Versicherten verboten ist.

Die Innungskrankenkassen stehen zur Rolle der GKV als Stabilitätsanker des Gesundheitssystems. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Verantwortlichkeiten verschoben werden. So müssen zwingend pandemiebedingte Maßnahmen in der jeweiligen finanziellen wie organisatorischen Zuständigkeit erfolgen. Bevölkerungsschutz ist eine staatlich zu finanzierende und im Falle des Impfens unter Pandemiebedingungen auch zu organisierende Aufgabe. Für uns ist es daher essentiell, dass alle (geplanten) Regelungen abhängig von ihrer Zielgenauigkeit überprüft, entsprechend angepasst oder gar rückgeführt werden. Der Gesetzgeber darf die finanzielle Stabilität der GKV nicht aus dem Blick verlieren. Frei nach der Schriftstellerin Henriette Hanke sollte daher der Zeitdruck nicht die beste Ausrede für Fehlleistungen sein, sondern der beste Ansporn für Leistungen. Dann kann es uns gemeinsam auch weiterhin gut gelingen, durch die Pandemie zu kommen. Bleiben Sie gesund!

Herzlichst

Inhalt:

Ein Jahr Corona-Pandemie | FüPoG II | Schwerpunkt: Interview zum Positionspapier der IKKn | Rückblick 23. Plattform Gesundheit | Was wir sagen | Stellungnahmen | Impressum

## Meine Sicht

Jürgen Hohnl  
Geschäftsführer IKK e.V.

Für Frauenrechte gilt wie für die Grundrechte und auch für die Rechte der Selbstverwaltung: Es sind erkämpfte Rechte! Dabei gilt es immer wieder, sich gegen die Macht des Faktischen und die Mauer bestehender (Macht-)Strukturen zu wehren. Das erfordert Ausdauer und Optimismus! Zumindes was die Förderung von Frauen in der GKV anbelangt, so wurden durch die Große Koalition in dieser Legislaturperiode gleich mehrere Bollwerke geschliffen: Zum einen wurden die Listenträger bei den 2023 anstehenden Sozialwahlen verpflichtet, eine 40-prozentige Geschlechterquote zu

berücksichtigen. Zum anderen wurde eine geschlechterparitätische Zusammensetzung der Verwaltungsräte der Medizinischen Dienste auf der Länder- und auf der Bundesebene vorgeschrieben. Als drittes gilt nun durch das FüPoG II für mehrköpfige Vorstände im Bereich der gesetzlichen Krankenkasse, dass diese mit mindestens einer Frau und einem Mann besetzt werden müssen.

Der Blick auf den Erfolg bezüglich der grundgesetzlich garantierten Gleichstellung von Frauen und Männern kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zwei Bruchstellen gibt, die leider nicht gelöst worden sind, obwohl Vorschläge dafür vorgelegen haben. Im Hinblick auf die Sozial-

wahlen wurde empfohlen, die Quotierungsvorgaben zu flexibilisieren. Denn es gibt durchaus Bereiche, in denen die Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen, also nicht nur im Leitungsbereich, uneinheitlich ist. Eine feste Quotierung wäre hier juristisch angreifbar, wie dies z.B. die Rechtsprechung in Brandenburg gezeigt hat. Beim FüPoG II wurde übersehen, dass die Regelungen zu Hemmnissen bei Fusionen führen können und die rechtliche Option der Wiederwahl eingeschränkt wird. Beides könnte man vermeiden, wenn man die Beschränkung des § 35a Abs. 4 SGB IV zumindest temporär aufheben würde. Noch besteht die Chance hierzu! Hoffentlich wird sie genutzt.

## „Wir wollen eine gute, innovative Versorgung - dafür braucht es eine starke Selbstverwaltung und eine verlässliche Finanzierungsbasis!“

Die Innungskrankenkassen haben Anfang März ihr Positionspapier für die zukünftige Gesundheitspolitik nach der Bundestagswahl 2021 vorgelegt. Das Positionspapier umfasst neun Kernbereiche: Der Fokus liegt auf der Patientenperspektive, der Versorgung, Prävention, Pflege, Digitalisierung, Arzneimittelversorgung, Selbstverwaltung, Finanzierung und Wettbewerb. Vor allem drei Felder sind den Innungskrankenkassen besonders wichtig – die Versorgung ihrer Versicherten, der Erhalt einer starken Selbstverwaltung sowie eine verlässliche, nachhaltige und faire Finanzierung des Gesundheitswesens. Im Interview mit dem BLIKKWINKEL sprechen die Vorstandsvorsitzenden des IKK e.V., Hans-Jürgen Müller und Hans Peter Wollseifer, über diese Anforderungen:

**BLIKKWINKEL:** Von den rund 71 Millionen GKV-Versicherten sind 5,2 Millionen bei den sechs Innungskrankenkassen versichert. Welche Forderungen stellen die IKKn an die Gesundheitspolitik der 20. Legislaturperiode?

**Müller:** „Die Bundesregierung hat in den vergangenen Legislaturperioden viele Gesetze auf den Weg gebracht, die zum Ziel hatten, die Versorgung zu stärken und Innovationen voran zu bringen. Wichtige Themen sind jedoch, sicherlich auch bedingt durch die Corona-Pandemie, auf der Strecke geblieben. Aktuell steht die Bewältigung der Pandemiefolgen und die Lösung der durch die Pandemie offenbar gewordenen Defizite im Mittelpunkt: Die strukturellen Schwächen der Versorgung, die sich durch immer schneller verändernde ökonomische, gesellschaftliche wie auch innovative Prozesse verstärken, müssen angegangen werden. Noch immer fehlt es an dringend erforderlichen Strukturpassungen. Wir brauchen mutigere Schritten für ein aufeinander abgestimmtes Versorgungskonzept und müssen die Patienten und Versicherte stärker in den Fokus rücken!“

**Wollseifer:** „Vor allem bedarf es einschneidender Veränderungen der Finanzierungsregelungen, die die Versorgungsverbesserung der Patienten und Versicherten ermöglichen und die Finanzierbarkeit durch die Beitragszahler, also die Versicherten und Arbeitgeber, auch in der Zukunft gewährleisten. Diese Aufgabe ist gerade auch mit Blick auf die im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie angefallenen Kosten vordringlich. Doch sei an dieser Stelle auch ein Lob ausgesprochen: Wir begrüßen sehr, dass in der jetzigen Legislaturperiode die Morbi-RSA-Reform durchgeführt wurde. Deren Umsetzung muss nun konsequent angegangen werden, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen, Risikoselektion abzubauen und Manipulationen zu verhindern.“

**BLIKKWINKEL:** Ein primäres Anliegen der sozialen Selbstverwaltung ist es ja, sich gerade für die Interessen der Versicherten und Patienten einzusetzen. Mehrfach haben die Innungskrankenkassen in letzter Zeit darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung mehr und mehr in die Rechte der Selbstverwaltung eingreift. Wie ist der Status Quo und was fordern Sie von der kommenden Bundesregierung?

**Müller:** „Für uns stehen nach wie vor die Themen Stärkung der Selbstverwaltung und Ausgestaltung eines fairen Wettbewerbs auf der Agenda. Die Angriffe auf die Selbstverwaltung ziehen sich wie ein roter Faden durch die Gesetzgebung. Das ist irritierend, weil eben jene Bundesregierung bei vielen Gelegenheiten erwähnt hat, wie wichtig die Selbstverwaltung ist und dass man sie stärken wolle. Doch wider guter Worte bringt die Bundesregierung ein Gesetz nach dem anderen auf den Weg, das das System der Selbstverwaltung einschränkt. Davor kann ich nur dringend warnen! Wer die Selbstverwaltung untergräbt, bringt das

komplette Sozialsystem ins Wanken. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie sich auf das Prinzip der Selbstverwaltung besinnt und deren Handlungsspielräume ausbaut.“

**BLIKKWINKEL:** Deutschland verfügt über ein qualitativ hochwertiges und leistungsfähiges Gesundheitssystem. Dies hat gerade auch die Corona-Pandemie gezeigt. Doch gute Versorgung gibt es nicht zum Nulltarif. Viele der gesetzlichen Maßnahmen der laufenden Legislaturperiode gehen mit starken Ausgabensteigerungen einher. Wie gehen die Innungskrankenkassen damit um?

**Wollseifer:** „Klar ist: Die beobachteten Ausgabensteigerungen sind in erster Linie politisch gewollt, um die Versorgung zu verbessern, und können von den Krankenkassen deshalb inhaltlich nicht kritisiert werden. Aber wir müssen dringend über die Lastenverteilung sprechen! Wir brauchen eine Politik, die optimale Bedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen schafft. Nur eine Gesundheitspolitik, die das Handwerk und den Mittelstand nachhaltig unterstützt, fördert Beschäftigung und Wirtschaftswachstum in Deutschland und stärkt damit die Sozialversicherungssysteme.“

Derzeit verhindert nur der Abbau von Finanzreserven einen drastischen Anstieg der Zusatzbeiträge. Doch diese sind spätestens 2022 aufgebraucht. Dann muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und Lösungen finden, die vom alleinigen Lohnkostenbezug wegkommen. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die aktuell zu Unrecht auf die GKV abgeladen werden, müssen kostenneutral gegenfinanziert werden.“

**BLIKKWINKEL:** Wie lassen sich die Forderungen der Innungskrankenkassen an die kommende Gesundheitspolitik auf den Punkt bringen?

**Müller:** „Betrachtet man unser Positionspapier, so lassen sich die Forderungen des IKK-Systems im Wesentlichen auf eine Aussage herunterbrechen: Wir wollen eine gute, innovative Versorgung – dafür braucht es eine starke Selbstverwaltung und eine verlässliche Finanzierungsbasis!“

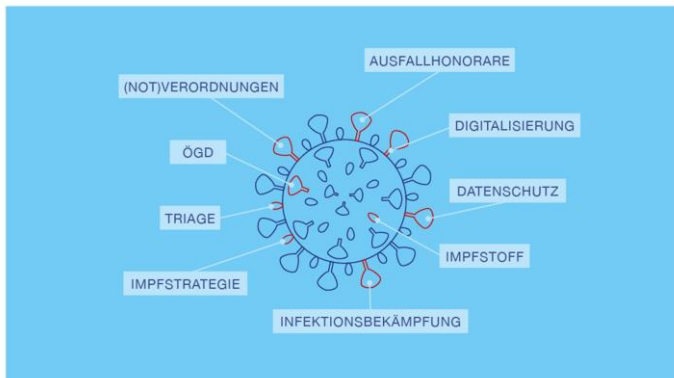
**BLIKKWINKEL:** Herr Müller, Herr Wollseifer, wir danken für dieses Gespräch!



**Hinweis:** Das vollständige Positionspapier der Innungskrankenkassen zur Bundestagswahl 2021 kann hier abgerufen werden: <https://www.ikkev.de/politik/positionen-zur-bundestagswahl-2021/>

## Veranstaltungsrückblick

### 23. Plattform Gesundheit: „Wege aus der Pandemie: Welche Lehren lassen sich schon jetzt aus der Corona-Krise ziehen?“



Seit Januar 2020 begleitet uns die Corona-Pandemie. Sie hat der Bevölkerung, der Politik und dem Gesundheitswesen über die Maßen Leistungsbereitschaft, Flexibilität und Engagement abverlangt. Umso mehr hoffen alle immer stärker auf ein Ende der Covid-19-Krise. Doch auch ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie fehlt es immer noch an einer durchschlagenden, verlässlichen Gesamtstrategie zur Bewältigung der Krise. Zwar hätte man mit den Strategien der Testung, der Impfung, der Kontaktnachverfolgung und den AHA-Regeln wirksame Instrumente, aber beim richtigen Zusammenspiel haperte es immer noch. So die Einschätzung der Diskussteilnehmer:innen der 23. Plattform Gesundheit des IKK e.V., die am 17. März stattfand. Eine weitere Erkenntnis der Diskussion: Die Lehren, die man bisher aus der Corona-Krise gezogen habe, gehen über das Pandemiegeschehen hinaus. Sie werden langfristig das deutsche Gesundheitssystem fordern und verändern.

In einer Hybridveranstaltung referierten und diskutierten Erwin Rüdell, MdB, Prof. Dr. Matthias Schrappe, Universität Köln, Dr. Edgar Franke, MdB, Prof. Dr. David Matusiewicz, ifgs Institut für Gesundheit & Soziales, FOM Hochschule für Oekonomie & Management Kai Swoboda, IKK classic, und Dr. med. Ute Teichert, Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. sowie über 120 zugeschaltete Teilnehmer:innen unter der Überschrift „Wege aus der Pandemie: Welche Lehren lassen sich schon jetzt aus der Corona-Krise ziehen?“ [zum Veranstaltungsrückblick](#)

## ikkev.de: GKV in Zahlen zur ePA



Wussten Sie, dass 2019 immer noch 93 % der niedergelassenen Ärzte mit Krankenhäusern überwiegend in Papierform kommunizierten? Diese und weitere spannende Zahlen finden Sie auf unserer überarbeiteten GKV in Zahlen zur ePA <https://t1p.de/m38l>

## Was wir sagen...

IKK e.V.: Eine wirtschaftliche und effiziente Versorgung muss Ziel der nächsten Legislatur sein – [PM vom 25. Februar 2021](#)

IKK - Die Innovationskasse: Neue Leistung für Versicherte – [PM vom 3. Februar 2021](#)

Finanztip-Vergleich: Spitzenplatz für die IKK classic – [PM vom 27. Januar 2021](#)

IKK e.V.: Auch in der Pandemie muss das Prinzip der Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen erhalten bleiben – [PM vom 25. Januar 2021](#)

## Stellungnahmen

[Stellungnahme des IKK e.V.](#) zum Gesetzentwurf eines **Zweites Führungspositionen-Gesetzes** vom 11. Februar 2021

[Stellungnahme des IKK e.V.](#) zum Referentenentwurf einer **Krankenkassen-Werbemaßnahmen-Verordnung** vom 18. Januar 2021

[Stellungnahme des IKK e.V.](#) zum Referentenentwurf eines **Zweites Führungspositionen-Gesetzes** vom 22. Dezember 2020

[Stellungnahme des IKK e.V.](#) zum Referentenentwurf eines **Digitalen Versorgungs- und Pflege-Modernisierungsgesetzes** vom 7. Dezember 2020

## Impressum

Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen e.V., Hegelplatz 1, 10117 Berlin, [info@ikkev.de](mailto:info@ikkev.de). Der IKK e.V. ist die gemeinsame Interessenvertretung von BIG direkt gesund, IKK Brandenburg und Berlin, IKK classic, IKK gesund plus, IKK Die Innovationskasse und IKK Südwest.

Redaktion: Iris Kampf (Pressesprecherin), Ann Hillig (Leiterin Politik & Gremien) | Verantwortlich: Jürgen Hohnl, Geschäftsführer

Sie können den BLIKKWINKEL jederzeit per [Mail](#), Telefon oder Fax wieder abbestellen (Tel. 030 202491-0; Fax 030 202491-50)